Konrad-Adenauer Stiftung
FOKUS CHILE

Ausgabe 5

Juni 2016

Dieser Newsletter des KAS-Länderprojekts informiert in regelmäßigen Abständen in deutscher Sprache über aktuelle Geschehnisse im Bereich Politik, Wirtschaft und Kultur in Chile.

IMPRESSUM:
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
AUSLANDSBÜRO CHILE
Enrique Nercasseaux 2381
Casilla 16280
Providencia
Santiago de Chile
Chile

Tel. +56 22 234 20 89 oder
+56 22 233 57 33
Fax +56 22 234 22 10

www.kas.de/chile

Konrad Adenauer Stiftung

Chilenischer Innenminister tritt zurück - Mario Fernández Baeza tritt Nachfolge an

Quellen: ***http://www.radiovillafrancia.cl/wp-content/uploads/2016/06/Mario-Fernandez-y-Bachelet-620x330.jpg, abgerufen: 13.06.2016.***

Ein Jahr nach seiner Ernennung zum Innenminister gab Jorge Burgos am 8. Juni 2016 seinen Rücktritt bekannt. Burgos Nachfolge übernahm noch am selben Tag Mario Fernández Baeza, ebenfalls langjähriges Parteimitglied der christdemokratischen Partei Chiles (PDC).

Die genauen Hintergründe für Burgos Rücktritt sind nicht bekannt, dennoch ist es wahrscheinlich, dass die zunehmenden Spannungen zwischen ihm und der Präsidentin Bachelet letztlich zu einem Bruch geführt haben. Als Auslöser der Differenzen gilt eine Reise der Präsidentin in die Region Araukanien im vergangenen Dezember 2015, bei der Jorge Burgos nicht berücksichtigt wurde. Zudem wurde Burgos vorgeworfen, die Wahlniederlage von Enrique Rajevic Mosler zum Vorsitzenden des chilenischen Obersten Rechnungshofs zu verantworten. Die Ernennung von Bachelets Wunschkandidat Rajevic, wurde im Oktober 2015 vom Senat abgelehnt. Burgos ist es dabei nicht gelungen, mit der eigenen Regierungskoalition Nueva Mayoría zu einer Übereinkunft zu kommen.

Der neue Innenminister Mario Fernández Baeza, der als ehemaliger Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung in Politikwissenschaften an der Universität Heidelberg promovierte und anschließend als chilenischer Botschafter in Deutschland arbeitete, hatte gleich zu Beginn seines Antritts verkündet, sich auf den Zusammenhalt der zuletzt bröckelnden Nueva Mayoría zu konzentrieren. Am Montag den 13. Juni 2016 kam es bereits nach fünf Tagen Amtszeit zu einem Treffen mit allen Präsidenten des

Ausgabe 5

Juni 2016

aktuellen Regierungsbündnisses. Die Differenzen sowohl zwischen als auch innerhalb der Regierungsparteien seien so groß, dass die Ratifizierung wichtiger Gesetze - und damit auch das ehrgeizige Reformprogramm der Präsidentin - ins Stocken gerate. Der neue Innenminister hat es sich zum Ziel erklärt, die Verwaltung der Regierungskoalition zu verbessern und die angeschlagenen Beziehungen innerhalb der Nueva Mayoría zu stärken.

Mit dem neuen Innenminister erhofft sich die Mehrheit der Regierungsparteien einen Schritt zur besseren Verständigung. Vor dem Hintergrund der anstehenden Präsidentschaftswahlen 2017 wird sich sehr bald zeigen, ob Mario Fernández Baeza den anstehenden Herausforderungen gewachsen ist. Die sieben Parteien der aktuellen Regierungskoalition bereiten sich allmählich auf den Wahlkampf vor und man kann damit rechnen, dass sie dabei eher versuchen ihren eigenen Linien treu zu bleiben, statt Kompromisse einzugehen.

Quellen:
http://www.economiaynegocios.cl/noticias/noticias.asp?id=261678
http://www.latercera.com/noticia/politica/2016/06/674-684304-9-el-primer-dia-de-mario-fernandez-en-el-ministerio-del-interior.shtml
http://www.quepasa.cl/articulo/politica/2016/06/las-primeras-tareas-de-mario-fernandez.shtml/

Konflikt um die Wasserrechte des Silala-Flusses

Quelle: https://amerika21.de/2016/03/149146/silalabolvienchile, abgerufen: 13.06.2016.

Der schwelende Nutzungskonflikt um die grenznahe Quelle des Silala-Flusses zwischen den Nachbarländern Bolivien und Chile wird künftig vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag ausgetragen. Das Verhältnis zwischen Chile und Bolivien ist seit dem Salpeter-

Ausgabe 5
Juni 2016

krieg 1879 bis 1884, in dem Bolivien seinen Meereszugang verlor, angespannt.

Seit 1997 herrscht ein nicht endender Konflikt um die Nutzungsrechte des Silala-Flusses. Die Quelle entspringt auf bolivianischem Territorium und fließt nach Chile, und beide Länder erheben Anspruch auf die Nutzung des Flusses. Chile sieht diesen als internationales Gewässer an, während Evo Morales, der bolivianische Präsident, kürzlich öffentlich erklärte, der Fluss gehöre zu Bolivien und schließe dadurch die Nutzung Chiles aus. Er wirft Chile vor, den Verlauf des Flusses künstlich auf chilenisches Gebiet umgeleitet zu haben, und fordert dadurch eine Entschädigungszahlung für die Nutzung des Wassers an Bolivien. Die chilenische Regierung ging daraufhin in die Offensive, und der chilenische Außenminister Heraldo Muñoz verkündete, dass der Internationale Gerichtshof in Den Haag den Streitfall lösen und das Gewässer zum „internationalen Fluss" erklären solle.

Chile beruft sich dabei auf einen Grenzvertrag von 1904, der den Silala als internationalen Fluss definiert und somit eine gleichberechtigte Nutzung festschreibe. Außerdem wird von chilenischer Seite bemängelt, dass der Pakt von Bogotá, ein völkerrechtlicher Vertrag über die friedliche Streitschlichtung zwischen den amerikanischen Staaten, im Konflikt mit Bolivien keine Schlichtung hervorbringt und somit die rechtlichen Schritte vor Den Haag die einzige Möglichkeit für eine Einigung seien. Daher reichte der Andenstaat Anfang Juni Klage beim Internationalen Gerichtshof gegen Bolivien ein.

Die bolivianische Seite plant derzeit, eine Gegenklage einzureichen. Dabei muss diese jedoch im unmittelbaren Kontext zu der Klage Chiles stehen. Der Ausgang der rechtlichen Schritte vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag wird bis zu einem Jahr in Anspruch nehmen.

Die bestehenden Spannungen zwischen beiden Ländern bestehen seit dem Salpeterkrieg im 19. Jahrhundert, Bolivien musste da-

Ausgabe 5

Juni 2016

mals 120.000 km2 und 400 km Küstenstreifen an Chile abtreten. Seither ist die Aspiration Boliviens, einen Zugang zum Pazifischen Ozean zurückzugewinnen. Bolivien besitzt nichtsdestotrotz eine Marine, welche auf dem Titicacasee positioniert ist. Oft belächeln ausländische Medien sie als die „Matrosen ohne Meer".

Heraldo Muñoz wies in chilenischen Medien darauf hin, dass die bolivische Anfeindung im Hinblick auf die Nutzung des Silala-Flusses lediglich eine Ausrede der erneuten Anfeindung gegen Chile im Kontext des Dauer-Streitthemas über einen Meereszugang sei. Gleichzeitig versicherte er, dass Bolivien auch dann keinen Zugang zum Pazifik bekommen werde, wenn es noch so viele Forderungen vor dem Internationalen Gerichtshof gegen Chile ergebe.

Derzeit plant eine chilenische Kommission, die für den Fall des Silala einberufen wurde, eine Reise in das Krisengebiet. Mit Hilfe von Experten, Technikern und Akademikern soll sich ein Bild über die aktuelle Situation verschafft werden. Bolivien arbeitet hingegen technische Möglichkeiten für eine künstliche Umleitung des Flusses aus, nach welcher Chile keinen Zugang mehr zum Fluss hätte.

Quelle: http://www.latendencia.cl/2016/04/02/ministro-de-defensa-se-refiere-la-demanda-de-bolivia-por-el-rio-silala-es-un-acto-de-desesperacion/, abgerufen: 13.06.2016.

Quellen:

https://amerika21.de/2016/03/149146/silalabolvienchile
http://www.latercera.com/noticia/politica/2016/06/674-684145-9-evo-morales-a-politicos-chilenos-no-estamos-en-tiempos-de-invadir-y-saquear.shtml
http://www.latercera.com/noticia/opinion/editorial/2016/06/894-684652-9-demanda-contra-bolivia-por-el-rio-silala.shtml
http://www.latendencia.cl/2016/04/02/ministro-de-defensa-se-refiere-la-demanda-de-bolivia-por-el-rio-silala-es-un-acto-de-desesperacion/

Ausgabe 5
Juni 2016

Neues Etikettier-gesetz in Chile

URL: http://web.minsal.cl/wp-content/uploads/2016/06/ETIQUETADO_02_06_2016_02.jpg, abgerufen: 13.06.2016

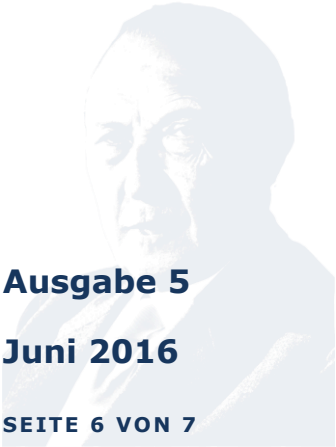
Am 26. Juni 2016 tritt das neue Gesetz zur Etikettierung von Lebensmitteln (*Ley de Etiquetado 20.606*) in Kraft. Das gab das chilenische Gesundheitsministerium (MINSAL) gemeinsam mit der Vereinigung von Lebensmittelunternehmen „AB Chile" bekannt. Die verpflichtenden Warnhinweise auf Lebensmittelverpackungen richten sich im Speziellen an Kinder, um auf die Gefahr ungesunder Produkte aufmerksam zu machen.

Die Alimentos y Bebidas A.G. (AB Chile) ist ein 2014 gegründetes Gremium, das Produzenten von Lebensmitteln und alkoholfreien Getränken der aktuell zwanzig größten Lebensmittelkonzerne in Chile, u.a. Coca Cola, Nestlé und Carozzi, vereint und sich in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium für mehr Transparenz von Produktinhalten und eine gesündere Gesellschaft einsetzt.

Rodrigo Álvarez, Rechtsanwalt, ehemaliger Energieminister und seit 2014 Präsident von AB Chile, verkündete, dass bereits 70 % aller Lebensmittel mit entsprechenden Warnhinweisen auf den Verpackungen versehen seien. Ab 26. Juni 2016 gilt diese Richtlinie dann für ausnahmslos alle in Chile erwerblichen Lebensmittelprodukte. Die Warnhinweise sind auffällig groß gestaltet und warnen den Verbraucher vor hohen Anteilen an Zucker, gesättigten Fettsäuren, Kalorien und Natrium.

http://www.gob.cl/wp-content/uploads/2016/05/160526-RRSS-Etiquetado-Alimentos600x120.png, abgerufen: 13.06.2016

Hintergrund für die Einführung der Warnhinweise sei die zunehmende Sorge um das steigende Übergewicht chilenischer Kinder. Das Gesundheitsministerium verwies unter Berufung auf jüngste Statisti-



Ausgabe 5

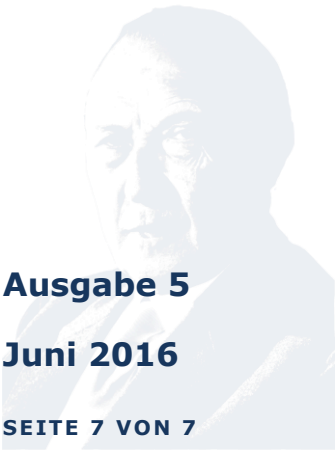
Juni 2016

ken, dass eines von drei Kindern in Chile übergewichtig sei (zum Vergleich: In Deutschland geht man davon aus, dass jedes fünfte Kind übergewichtig ist). Dennoch gilt Chile nicht als Ausnahmefall. Ein internationales Team von Wissenschaftlern veröffentlichte erst kürzlich im Medizinjournal „The Lancet", dass die Zahl der übergewichtigen Kinder weltweit in den letzten 30 Jahren drastisch angestiegen sei.

Als das chilenische Gesundheitsministerium zusätzlich ermittelte, dass 60 % der Verbraucher die bisherigen Hinweise auf Inhaltsstoffe als zu unverständlich und kompliziert empfinden, suchte man nach einem schnellen Lösungsansatz, der - so die Verantwortlichen - nicht lange auf sich warten ließ. Sie hoben hervor, dass sich bereits 20 % der aktuellen Lebensmittelprodukte an die neuen Richtlinien angepasst haben und als Reaktion darauf weniger Anteile an Zucker, Fetten und Natrium aufweisen. Damit vermieden die Unternehmen eine verpflichtende Etikettierung ihrer Produkte. Einen weiteren Erfolg verspricht man sich durch die Zusammenarbeit mit der Fernsehindustrie. Bei Werbepausen sollen die künftigen Warnhinweise auf den Produkten deutlich erkennbar sein. Darüber hinaus soll Produktwerbung mit bedenklichen Inhaltsstoffen bei Fernsehprogrammen, deren Zuschauerquote von Kindern 20 % übersteigt, erst gar nicht ausgestrahlt werden.

Jedoch zeigte sich der Präsident von AB Chile auch besorgt, was die Umsetzung des Gesetzes betrifft. Aufgrund der schnellen Verabschiedung des Gesetzes müssen die Lebensmittelkonzerne mit einem Ausfall von 50 Millionen US Dollar rechnen. Dabei fallen besonders Produkte ins Gewicht, die nicht mehr rechtzeitig bis zur Einführung der Warnhinweise verkauft werden. Außerdem häuft sich Kritik, dass bei Verpackungen, die weniger als 100g erhalten, Warnhinweise verpflichtend sind, obwohl sich die Warnung erst auf eine Menge ab 100g bezieht.

Es bleibt abzuwarten, ob sich in den nächsten Jahren tatsächlich Ergebnisse zeigen, die einen Zu-



sammenhang zwischen Konsumverhalten und Etikettierungsgesetz bestätigen.

Quellen:

http://web.minsal.cl/minsal-estima-como-un-exito-concreto-de-la-ley-de-etiquetado-de-alimentos-la-reformulacion-de-nutrientes-criticos-de-casi-20-de-los-productos/
http://www.emol.com/noticias/Economia/2016/05/25/804558/Ley-de-etiquetado-Un-70-de-los-productos-ya-cumplen-con-la-norma.html
http://www.gob.cl/entra-en-vigencia-la-ley-sobre-el-etiquetado-de-alimentos/
http://www.latercera.com/noticia/nacional/2016/05/680-682305-9-mas-del-70-de-los-productos-fabricados-ya-llevan-nuevo-etiquetado.shtml